

Antrag

der Abgeordneten Mag.^a Collini gemäß § 32 LGO 2001

betreffend: "**Klare Regelungen für parteinahe Stiftungen, Vereine und Vorfeldorganisationen**"

Die Ibiza-Affäre und die damit zusammenhängenden Enthüllungen haben die Notwendigkeit von strikteren Regelungen der Parteien- und Wahlkampffinanzierung sowie bei Parteinahen Stiftungen, Vereinen und Vorfeldorganisationen, schmerzlich vor Augen geführt.

Aus diesem Grund hat die Präsidentin des Rechnungshofes bereits schärfere Sanktionen und mehr Kontrollrechte eingefordert:

"In mehreren Interviews sprach sich Frau Kraker für ein „echtes Prüfungsrecht“ ihrer Behörde für Parteifinanz aus. Der RH soll nicht nur einmal jährlich die Rechenschaftsberichte der Parteien erhalten, sondern tatsächlich auch deren Bücher kontrollieren dürfen. Außerdem soll es strenge Auflagen für Vereine, Komitees und parteinahe Organisationen geben. Sie sollen Parteispenden an den RH melden und die Herkunft ihrer Mittel offenlegen. Für „grobe Zuwiderhandlungen“ hält Kraker auch strafrechtliche Sanktionen für überlegenswert. Und sie forderte, dass der RH selbst wirkungsvolle Strafen verhängen kann." (<https://orf.at/stories/3124062/>)

Auch in Niederösterreich forderte die Direktorin des Landesrechnungshofes wiederholt zusätzliche Kompetenzen. Das unterstreicht den dringenden Handlungsbedarf - auch in Niederösterreich. Die Rechenschaftsberichte der Parteien werden durch Wirtschaftsprüfer geprüft. Vereine und Vorfeldorganisationen sind nur unzureichend ausgebildet. Diese laschen Prüfungsmöglichkeiten sind ein Nährboden für Intransparenz und bieten Potential für „kreative Umgehungsmöglichkeiten“.

So auch beim FPÖ-nahen Verein "ISP" (Institut für Sicherheitspolitik), welches einer jener FPÖ-nahen Vereine ist, die nach der Publikation des sog. "Ibiza"-Videos öffentlich bekannt wurden und jetzt Gegenstand von Ermittlungen sind. Auf Ibiza sprach der damalige FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache darüber wie man Parteispenden mittels Vereinen "vorbei am Rechnungshof" schleusen könne. Ermittler denken jedenfalls laut einem Zwischenbericht, dass der Verein "gegründet wurde, um Geld für die FPÖ respektive Strache zu lukrieren"

Dieser Verein steht weiters, laut Berichten am 09.03.2020: <https://www.derstandard.at/story/2000115539824/landbauer-hielt-vortrag-bei-fpoe-nahem-verein-fand-zeit-zum> im Verdacht, Urlaub von Politiker_innen auf Steuergeldkosten zu finanzieren.

Zuletzt erlangte, durch die Aussage vom Ex-Novomatic Vorstand Neumann im Ibiza Untersuchungsausschuss, die Alois-Mock-Stiftung öffentliche Aufmerksamkeit. Dem ÖVP-Mantra, dass "diese Stiftung nichts mit der ÖVP zu tun hätte" stehen aufklärungswürdige Tatsachen gegenüber. So steht NR-Präsident Sobotka dieser Stiftung vor und Domain-Inhaber der Stiftungs-Homepage war bis wenige Minuten nach einer NEOS Presseaussendung zum Thema, Kollege

Bernhard Ebner, seines Zeichens Landesgeschäftsführer der ÖVP Niederösterreich der Vereinssitz die Adresse der ÖVP Wiener Neustadt.

In Anbetracht dessen müssen auch die niederösterreichischen Parteien ihren Beitrag für eine transparente und saubere Parteien- und Wahlkampffinanzierung leisten. An ihnen liegt es damit auch, das Vertrauen der Bürger_innen in die Integrität der Politik wiederzuerlangen und sicherzustellen.

Vor diesem Hintergrund stellen die Gefertigten folgenden

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. „Der Landtag spricht sich für die Konstituierung eines Unterausschusses des Recht- und Verfassungs-Ausschusses mit nachstehender Agenda aus:

- klare Regelungen für parteinahe Vereine und Vorfeldorganisationen. Vorfeldorganisationen sowie parteinahe Vereine sollen präzise und realistisch definiert werden und
- dem Landesrechnungshof soll für Vorfeldorganisationen sowie parteinahe Vereine umfassendes Prüfrecht eingeräumt werden.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem RECHTS- und VERFASSUNGS-Ausschuss zur Vorbereitung zuzuweisen.